

Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

**Eine Handreichung
für die Diakonie**

INHALT

- 3 VORWORT
- 4 TEIL 1: **Gelassenheit bewahren – Grenzen der Toleranz aufzeigen**
Protokollfragen zum Umgang mit rechten Positionen in Parlamenten
- 8 TEIL 2: **Positionieren, konfrontieren, ausschließen?**
Vom Umgang mit Klienten, ihren Angehörigen und Mitarbeitenden
- 12 TEIL 3: **Klarheit und Versachlichung gegen Vereinnahmung und Provokation**
Rechtspopulismus in Medien und Social Media
- 16 TEIL 4: **Vorsicht Kamera!**
Der Umgang mit Spenden und rechten »Kümmerern«
- 20 Teil 5: **Achtung Aluhut!**
Zum Umgang mit Verschwörungserzählungen
- 24 TEIL 6: **Antifeminismus verbindet – leider!**
Zum Umgang mit rechtspopulistischer Agitation gegen sexuelle Vielfalt und die Gleichwertigkeit aller Geschlechter
- 27 **Beratungsstellen und Netzwerke in Diakonie und Kirche**
- 29 **Hinweise zum Weiterlesen**
- 33 **Netiquette für die Facebook-Seite der Diakonie Deutschland**
- 35 IMPRESSUM

VORWORT

Rechtspopulismus ist und bleibt für die Diakonie eine tägliche Herausforderung. Wie gehen wir damit um? Unsere im Jahr 2018 erschienene Handreichung ist auf großen Zuspruch gestoßen. Nach drei Jahren legen wir nun eine Aktualisierung und Erweiterung unserer Empfehlungen vor, denn wir nehmen eine Reihe von bedenklichen gesellschaftlichen Veränderungen wahr.

Die »Alternative für Deutschland« hat sich seit ihrem Einzug in den Bundestag zunehmend radikalisiert. Zumindest bei Teilen der Partei sind die Grenzen zum Rechtsextremismus fließend. Zugleich treten Rechtsextreme und -populist:innen immer öfter in Bündnissen mit sogenannten »Querdenkern«, »Reichsbürgern« und Corona-Leugner:innen in Erscheinung. Sie verbreiten Verschwörungserzählungen und falsche Behauptungen. Die Verächtlichmachung des Staates, seiner Vertreter und Institutionen sowie die Angriffe gegen eine offene und vielfältige Zivilgesellschaft, verbunden mit dem Aufbau rechter Gegenstrukturen, haben ein neues Ausmaß erreicht.

Die Frage, wo klare Grenzen gesetzt werden und an welcher Stelle Gelassenheit der bessere Weg ist, um Populist:innen und Extremist:innen nicht in die Hände zu spielen, muss in jedem Einzelfall beantwortet werden. Als lernende Organisation orientieren wir unser Handeln an unseren Grundwerten und Erfahrungen.

Was für uns aber unverrückbar ist: Wir argumentieren und handeln auf evangelischer Grundlage. Unsere Arbeit geschieht auf Basis unseres christlichen Menschenbildes und des Leitbildes einer solidarischen Gesellschaft. Darum hilft die Diakonie jedem Menschen, der Hilfe braucht – auch dann, wenn er seine Not selbst verschuldet hat. Darum ist die Diakonie Anwältin der Schwachen, darum stehen die Angebote der Diakonie allen Menschen offen, unabhängig von Hautfarbe und Geschlecht, Weltanschauung und Religion. Darum duldet die Diakonie in ihren Einrichtungen auch keine Diskriminierung.

Die Diakonie wendet sich gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus, Ausgrenzung und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Mein herzlicher Dank gilt allen, die sich im demokratischen Geist jeden Tag für eine offene, gerechte und menschliche Gesellschaft einsetzen.



Ulrich Lillie
Präsident
Diakonie Deutschland

TEIL 1: GELASSENHEIT BEWAHREN – GRENZEN DER TOLERANZ AUFZEIGEN

Protokollfragen zum Umgang mit rechten Positionen in Parlamenten

Die Diakonie sollte nicht der Skandalisierung und Emotionalisierung Vorschub leisten, sondern mit Fakten und Zahlen die Debatte versachlichen.

Grundsätzliches

Nach dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in Bundes- und Landesparlamente und der kontinuierlichen rechten Radikalisierung der Partei hat sich der Ton der politischen Auseinandersetzung verschärft. Der gezielte Tabubruch, die Inszenierung von diskriminierender Provokation und ritualisiertem Dementi ist zu einer Strategie geworden, um politisch und medial Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die Diakonie vermittelt ihre christlichen Werte und die damit verbundene Grundhaltung einer sozial gerechten, demokratischen und offenen Gesellschaft. Sie setzt die ihr wichtigen Zukunftsthemen auf die politische Tagesordnung und liefert Beiträge zur aktuellen sachpolitischen Debatte. Von Fall zu Fall wird dies mit einer öffentlich kommunizierten, deutlichen Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechtsradikalen Positionen und Provokationen verbunden sein. Allerdings sollte man nicht auf jede Provokation reagieren, sondern mit

professioneller Gelassenheit analysieren, was eine Äußerung bewirkt und wem sie letztlich nützt.

Skandalisierung und Ausgrenzung führen dazu, dass Rechtspopulist:innen für sich eine Opferrolle reklamieren – auch das ist Teil ihrer medialen Strategie. Eine enge Abstimmung des Vorgehens mit den Kommunikationsfachleuten der Diakonie hilft, sich auf diese Versuche der Instrumentalisierung vorzubereiten und ihr entgegenzuwirken.

Zur weiteren Positionierung ist die laufende Beobachtung der politischen Entwicklungen am rechten und extremen rechten Rand nötig – sowie der Austausch darüber zwischen den verbandlichen Ebenen der Diakonie im Bund, in den Ländern und auf der Fachebene. Wir empfehlen eine Koordinierung in den Arbeitsgemeinschaften der freien Wohlfahrtspflege auf Bundes- und Landesebene sowie in kommunalen Bündnissen. Sinnvoll ist insbesondere eine enge Abstimmung mit den anderen professionellen Trägern der Wohlfahrtspflege: der Caritas und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Wichtig ist, dass Absprachen verbindlich und belastbar sind. Das Spektrum der Reaktion kann zwischen absoluter politischer Neutralität und stark engagierter Äußerung liegen.

Empfehlungen für die parlamentarische Arbeit

Einladungen von Diakonie-Expert:innen in parlamentarische Ausschüsse erfolgen

jeweils durch die Vorsitzenden. Die Zusage sollte unabhängig von deren Parteizugehörigkeit erfolgen.

Einladungen an die Diakonie zu Anhörungen erfolgen in der Regel aus den Fraktionen, die sich von der Expertise »auf ihrem Ticket« eine Unterstützung ihrer Position erhoffen. Hier sollte im Einzelfall über die Annahme entschieden werden, um eine Instrumentalisierung zu vermeiden. Aufgrund der fundamentalen Infragestellung demokratischer Grundwerte und der zunehmenden Öffnung der AfD für radikal rechte Parteien und Strömungen kommt die Annahme einer Einladung durch die AfD-Fraktion für die Diakonie nicht in Frage. Diakonische Positionen sind nicht zu vereinbaren mit den Programmen der AfD und brauchen keine Unterstützung durch rechtspopulistische bis radikal rechte Parteien.

Empfehlungen für den Umgang mit Parteien

Die Diakonie sollte zur Versachlichung der Debatte beitragen, wenn sie von Parteien angefragt wird. Es ist hilfreich, sich nicht zu weigern, sondern auf Nachfrage Zahlen und Positionen zu übermitteln – die oft ohnehin in gedruckten Publikationen oder online recherchierbar sind. Wir empfehlen, die Anfrage einer einzelnen Partei mit Antworten an alle Parteien zu beantworten, um für einen gleichen Informationsstand zu sorgen.

Wahlprüfsteine und ähnliche Initiativen (»Sozial-O-Mat«) dienen der politischen

Meinungsbildung. Wenn vor Wahlen Prüfsteine oder Synopsen mit den Positionen der im Parlament vertretenen (oder nach der Wahl zu erwartenden) Parteien erstellt werden, sollten die Positionen entsprechender rechtspopulistischer Gruppierungen nicht ausgeblendet werden.

Empfehlungen für Eigenveranstaltungen

Bei eigenen Veranstaltungen steht es diakonischen Verbänden und Einrichtungen frei, selbst darüber zu bestimmen, wer eingeladen wird und wer nicht. Kriterien dafür sind u. a.

- thematische Relevanz und Kompetenz
- Zielsetzung der Veranstaltung
- Verbundenheit zur Diakonie
- Prominenz und mediale Wirkung.

Es kann durchaus sinnvoll sein, etwa zu Jahresempfängen die Abgeordneten aller Fraktionen einzuladen, die auf der jeweiligen Ebene parlamentarisch tätig sind.

Eine andere Ebene ist die Besetzung von Podien und damit die Schaffung von Foren. Grundsätzlich gibt es keine Verpflichtung dazu, jeweils alle politischen

Parteien einzuladen. Eine zu erwartende destruktive Gesprächsstrategie und die Verwendung völkisch-nationalistischen Vokabulars können gute Gründe sein, Vertreter:innen der AfD nicht einzuladen.

Die Grenze der Toleranz ist überschritten bei menschenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen. Für solche Positionen darf die Diakonie kein Forum bieten. An dieser Stelle ist zu widersprechen, ggf. Diskutant:innen das Wort zu entziehen, im Zweifel auch ein Gespräch zu beenden und vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Bei öffentlichen – und öffentlich bekanntgemachten – Veranstaltungen ist mit Anmeldungen über den Kreis der persönlich Eingeladenen hinaus zu rechnen. Wer dies vermeiden will, muss Veranstaltungen und die Information darüber im internen Rahmen belassen (also z. B. keinen Pressehinweis darauf geben).

Durch eine intensive inhaltliche Vorbereitung der Beteiligten sowie eine professionelle und sachliche Moderation kann einer Eskalation vorgebeugt werden. In vielen Verbänden und Einrichtungen hat es sich bewährt, die Mitarbeitenden entsprechend zu schulen.

Empfehlungen für Kontakte zum Zweck der Selbstdarstellung von Politikern oder Parteien

Es ist üblich, dass Politiker:innen aller Parteien neben dem berechtigten Interesse an der diakonischen Arbeit ihre Kontakte und Aktivitäten für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit einsetzen, u. a. in der Pressearbeit, in Eigenpublikationen und in sozialen Netzwerken.

Vor diesem Hintergrund sind auch Besuchs Anfragen z. B. in diakonischen Einrichtungen und zu Veranstaltungen zu bewerten. Sie sind abzulehnen, wenn sich anfragende Personen mit den eigenen politischen Positionen und Äußerungen außerhalb des Wertekanons einer offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft stellen. Dem Informationsbedürfnis sollte nichtsdestotrotz schriftlich oder mit Verweis auf die Online-Informationsangebote entsprochen werden.

MUSTERANTWORT AUF EINE BESUCHSANFRAGE

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben das Interesse geäußert, unsere Einrichtung näher kennen zu lernen. Um mehr über Themen und Positionen der Einrichtung XY sowie über die von Ihnen angefragten Themen »...« und »...« zu erfahren, können Sie sich gerne auf unserer Internetseite [www....](#) informieren. Sollten Sie weitere, konkrete Fragen haben, können Sie uns diese schriftlich zukommen lassen.

Einen Besuch unserer Einrichtungen durch Mitglieder Ihrer Fraktion halten wir indes nicht für angezeigt. Dies ist nicht zuletzt in den Äußerungen Ihrer Partei zu Sozialpolitik und Sozialleistungen in Ihrem Programm XY begründet.

Unsere grundsätzliche Dialogbereitschaft ist von dieser Entscheidung nicht berührt. Wir werden allerdings allen Positionen deutlich widersprechen, die in einem nicht auflösbaren Widerspruch zu unseren Werten als christlich-diakonisches Unternehmen stehen, das an vielen Stellen ganz aktiv und mit konkreten Beratungs- und Hilfeangeboten wie auch – in der Regel über die verbandlichen Ebenen der Diakonie – mit einem sozialpolitischen Anspruch für eine offene und vielfältige Gesellschaft eintritt.

TEIL 2: POSITIONIEREN, KONFRONTIEREN, AUSSCHLIESSEN?

Vom Umgang mit Klienten, ihren Angehörigen und Mitarbeitenden

Klarheit und Standfestigkeit kann gelernt werden.

Grundsätzliches

In der praktischen diakonischen Arbeit sind Mitarbeitende wie Ehrenamtliche gelegentlich mit rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Äußerungen oder Verhaltensweisen von Klient:innen oder deren Angehörigen konfrontiert. Aber es gibt auch vereinzelt Mitarbeitende, die selbst mit rechten Parolen auffallen. Darauf angemessen zu reagieren, stellt eine Herausforderung dar.

Zunächst ist es wichtig, dass die vielen Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung überhaupt erkannt werden und darüber gesprochen wird. Es wäre falsch, aus Unwissenheit, Unsicherheit oder Sorge vor einem schlechten Image problematische Vorfälle zu ignorieren oder herunterzuspielen. In unseren Einrichtungen und Arbeitsfeldern sollte klar werden, dass die Diakonie uneingeschränkt und unmittelbar für die Menschenwürde und Gleichwertigkeit aller

Menschen eintritt. Die Diskriminierung und Abwertung von einzelnen Menschen und Gruppen, die von Rechtspopulist:innen betrieben wird, darf daher nicht toleriert oder als Privatmeinung verharmlost werden.

Es gehört zum politischen Mandat und Auftrag der Diakonie, sich für Chancengleichheit und Menschenrechte stark zu machen. Daher sollten Mitarbeitende ermutigt und befähigt werden, Widerspruch zu leisten und eine eindeutige, klare Haltung gegen rechtspopulistische Parolen zu entwickeln. Es ist eine Herausforderung, gegen diese Positionen anzugehen, aber den Menschen, der sie äußert, als Menschen zu respektieren und ernst zu nehmen. Ebenso schwierig ist es, zu entscheiden, wann, wo und wie Gespräche geführt, Diskussionen abgebrochen oder gar Hausverbote verhängt werden sollten. All das verlangt eine Klarheit und Standfestigkeit, die aber gelernt werden kann.

BEISPIELE

In der evangelischen Kita animiert eine Mutter ihr Kind dazu, ein muslimisches Kind in der Gruppe auszugrenzen: »Die gehört nicht hierher, die soll zurück in ihre Heimat! Wir wollen hier keine künftigen Terroristen!«

Auf dem Schulhof des evangelischen Gymnasiums wird einem Jungen ständig »Du Jude!« hinterher gebrüllt.

In der ambulanten Pflege möchte eine Klientin nicht von dieser »russischen Schlampe« oder »muslimischen Terroristin« angefasst werden und droht mit der Kündigung des Versorgungsauftrags, »wenn nicht eine deutsche Pflegekraft geschickt wird«.

In der Schuldnerberatung beklagt sich die Klientin: »Ich habe Schulden und kriege nicht mal eine neue Waschmaschine vom Job-Center. Und die Flüchtlinge nebenan kriegen alles geschenkt. Diese Politiker sind doch alle Volksverräter!«

Mitarbeitende entdecken auf Facebook den Post eines Kollegen, der dazu aufruft, die Flüchtlingsunterkunft »niederzufackeln«.
Die Reihe ließe sich fortsetzen.

Empfehlungen für Träger und Vorgesetzte

- Das Leitbild Ihrer Einrichtung gut sichtbar und lesbar aushängen: Die Angebote der Diakonie stehen allen Bedürftigen offen – egal, welche Weltanschauung und Religion sie vertreten. Die Diakonie sieht jeden Menschen als gleichwertig an und hilft jedem, der Hilfe braucht – auch dann, wenn er seine Not selbst verschuldet hat. Die Diakonie bekennt sich zur Demokratie. Dieses Leitbild sollten Sie auch in Form von aufgehängten Bildern, Plakaten, Sprüchen, Bibelstellen etc. kommunizieren. Stellen Sie eine Atmosphäre her, in der sich Rechtspopulist:innen nicht wohlfühlen.

Es ist Ihre Aufgabe als Leitung, das Leitbild für die eigene Institution so klar und schnörkellos zu formulieren, dass es für alle verständlich ist. Neue Mitarbeitende sollten das Leitbild erhalten. Sinnvoll sind Einführungsveranstaltungen, in denen diese Leitlinien des Miteinanders besprochen werden. Formulieren Sie eine Hausordnung und hängen Sie diese gut sichtbar aus. Verbieten Sie darin Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus oder Diskriminierungen. Gegebenenfalls sollten Sie auch darauf hinweisen, dass Sie sich als Haus eine

Strafanzeige wegen Straftatbeständen wie Beleidigung, Hetze oder Aufrufen zu fremdenfeindlich motivierter Gewalt vorbehalten. Erstellen Sie im Falle einer Nötigung oder gar Körperverletzung Anzeige. Als ladungsfähige Adresse geben Sie stets die Dienstanschrift an.

- Ihre Mitarbeitenden/Ehrenamtlichen sollten Sie mit Gesprächs- und Argumentationstrainings, Supervision und kollegialer Fallberatung stark machen, damit sie sich trauen, Widerspruch zu leisten.
- Wenn Gespräche mit Klient:innen nichts ausrichten, müssen Konsequenzen geklärt sein. Mitarbeitende müssen wissen, ob bzw. wann sie vom Hausrecht Gebrauch machen und einen Beziehungsabbruch aussprechen dürfen wie: »Sie sind hier nicht mehr willkommen/Ihr Kind ist hier nicht mehr willkommen.«
- Wenn Ihre eigenen Mitarbeitenden mit rechtspopulistischen Parolen auffällig werden, sollten Sie das Gespräch suchen. Stellen Sie klar, dass jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht mit den Werten der Diakonie vereinbar ist. Sie haben als Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht für Ihre Mitarbeitenden. Kolleginnen und Kollegen, die gegen Geflüchtete, Langzeitarbeitslose oder Wohnungslose hetzen, stören das Miteinander und Betriebsklima – arbeitsrechtliche Konsequenzen sind in diesen Fällen nicht ausgeschlossen. Das gilt auch für das Verhalten in sozialen Netzwerken. Wer sich in seinem Profil als Mitarbeitender der Diakonie

zu erkennen gibt, wird dort nicht als Privatperson gesehen.

- Bevor Sie eine Kündigung erwägen, holen Sie sich juristischen Rat, z. B. bei den zuständigen Landesverbänden der Diakonie. Die Jurist:innen können bei der Bewertung helfen, ob die Meinungsäußerung eines Mitarbeitenden gegen geltendes Recht verstößt. So ist Beleidigung gemäß §185 des Strafgesetzbuches eine Straftat. Hier kennt die Meinungsfreiheit klare Grenzen. Eine fristlose Kündigung ist ebenso bei der Verwendung von Nazisymbolen wie dem Hakenkreuz an der Arbeitsstätte möglich oder beim »Aufstacheln zum Hass« gegen Teile der Belegschaft (Volksverhetzung §130 Abs. 1 StGB). Die alleinige Mitgliedschaft in einer demokratisch gewählten Partei wie der AfD ist allerdings nicht arbeitsrechtlich relevant. Sich von einem Mitarbeitenden zu trennen, sollte ohnehin das letzte Mittel der Auseinandersetzung sein.

Empfehlungen für Mitarbeitende

- Niemals weg- oder überhören! Schweigen bedeutet Zustimmung. Haben Sie keine Angst, über Themen nicht genug Bescheid zu wissen. Zunächst geht es nur darum, abwertende, rassistische oder hasserfüllte Aussagen nicht einfach stehen zu lassen, sondern Haltung zu zeigen. Sagen Sie, dass Sie eine solche Einstellung keinesfalls teilen und abwertende Bemerkungen oder das Verbreiten politischer Botschaften in Ihren Räumen nicht dulden, sie aber trotzdem beraten, pflegen oder zusammenarbeiten.

- Lassen Sie sich auf ein inhaltliches Gespräch nur dann ein, wenn Sie eine klare Haltung entwickelt haben. Dazu gehört auch, in Diskussionen um gesellschaftliche Fehlentwicklungen ehrlich zu bleiben: nichts schön zu reden, aber nicht zuzulassen, individuelle Problemlagen zu verallgemeinern. Und berücksichtigen Sie, dass es rhetorisch geschulte Rechtspopulist:innen gibt, die eine destruktive Gesprächsstrategie verfolgen. Bitten Sie die Leitung Ihres Hauses um angemessene Fortbildungen und Trainings.
- Zueinander halten! Besprechen Sie im Team Ihre Vorgehensweise. Fordern Sie von der Leitung unterstützende Maßnahmen ein. Wenn diese die Beschwerden über rechtspopulistische Hetze oder Agitation von Kolleg:innen nicht ernst nimmt oder kein Interesse an einer Klärung zeigt, können Sie sich an die Mitarbeitendenvertretung wenden. Diese ist ebenso dafür verantwortlich, ein diskriminierungsfreies Klima zu fördern und gegen Ungleichbehandlung vorzugehen.
- Holen Sie sich Unterstützung und informieren Sie Ihren Landesverband, suchen Sie nach Partner:innen in der Zivilgesellschaft.

TEXTVORSCHLAG FÜR DIE HAUSORDNUNG

»Unser Haus steht für ein gewaltfreies, demokratisches Miteinander und die Achtung der Menschenwürde, unabhängig von Nationalität, sozialer Herkunft, religiöser Überzeugung und sexueller Orientierung. Das bedeutet für uns, dass Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Verherrlichung oder mangelnder Distanz zum Nationalsozialismus in Form von Aussagen, Kleidung, Symbolen, Tattoos, Schmuck oder Musik in unserem Hause keinen Platz haben.«

TEIL 3:

KLARHEIT UND VERSACHLICHUNG GEGEN VEREINNAHMUNG UND PROVOKATION

Rechtspopulismus in Medien und Social Media

Rassistische, antisemitische, frauenfeindliche, homophobe Äußerungen sind nicht immer klar als solche zu erkennen. Häufig werden sie bewusst versteckt oder indirekt eingesetzt, wie zum Beispiel der Verweis, »dass man in Deutschland ja bestimmte Sachen nicht offen sagen dürfe«.

Grundsätzliches

Rassistische, nationalistische, antisemitische und antidemokratische Tendenzen finden sich in rechten Medien, auf Internetplattformen und vor allem in den sozialen Medien. Auf bestimmten Internetseiten und in Kommentaren, auf Facebook, in Online-Petitionen, in Foren und Blogs, auf Twitter, WhatsApp oder anderen Messenger-Diensten haben die Diffamierungen und Bedrohungen von rechtsextremer und rechtspopulistischer Seite stark zugenommen. Auch die

Diakonie hat damit bereits Erfahrungen gemacht.

Die Verbreitung diskriminierender Äußerungen funktioniert vor allem, indem homogene Gruppen konstruiert werden: »die Ausländer«, »der Islam«, »die Schwulen«, »die Juden«. Damit werden diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt. Für die Gruppen, aus denen solche Äußerungen kommen, wirken sie dagegen identitätsstiftend. Rechtsextreme und rechtspopulistische Menschen brauchen

Feindbilder und nutzen diffuse Ängste und Unsicherheit. Sie wollen keine Fakten, keine Belege oder Statistiken dafür, dass sie falsch liegen. Sie wollen sich bestätigt fühlen und genießen es, sich über andere zu erheben.

Zu den rechten Medien zählen das Monatsmagazin »Compact« und die Wochenzeitungen »Junge Freiheit« und »Deutschland-Kurier«, die Internetplattform PI-News (PI steht für »politically incorrect«), das Online-Magazin »epoch-times« und der russische Sender »Russia Today deutsch«.

Soziale Netzwerke wie der Messengerdienst Telegram sind die zentrale Propagandaplattform für Rechtsextreme und Rechtspopulist:innen. Sie sind inzwischen aus dem Schutz der Anonymität herausgetreten. Rassistische, strafbare Kommentare und Beiträge werden oft unter vollem Namen und mit identifizierbaren

Adressen gepostet. Man wähnt sich unter Gleichgesinnten und hat auch keine Scheu vor Grenzüberschreitungen. Begünstigt wird dies durch die Art und Weise, wie soziale Netzwerke (allen voran Facebook) »funktionieren«: Sie reagieren auf die Interessen ihrer Nutzer und bringen ihnen mehr oder auch ähnliche Beiträge von der Art, die den Nutzer interessieren. So entsteht eine Ansammlung ähnlicher oder gleicher Artikel und Beiträge. Wer hier nicht quer liest, andere Positionen berücksichtigt oder auch mal »gegnerische« Posts wahrnimmt, bekommt schnell den Eindruck, dass die eigene Ansammlung »die Meinung des Netzes« ist. Es entstehen »Filterblasen« bzw. »Echokammern«, die die eigene Weltansicht bestätigen und bestärken. Diese »Blasen« können mitunter beachtliche Größen und Reichweiten entwickeln und sind nicht zu unterschätzen für die Meinungsprägung.

Bei Medienanfragen von rechten Medien sollten Sie gut überlegen, ob Sie sich tatsächlich äußern wollen. Selbst wenn Ihre Argumente oder Fakten abgedruckt werden, erreichen Sie damit keine »Mitlesenden«, die Sie umstimmen könnten. Diese Medien werden nur von der rechten Szene gelesen.

Empfehlungen für Print- und Online-Medien

- Es ist wenig sinnvoll, auf diskriminierende Berichterstattung in diesen Medien zu reagieren. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Themen wie eine angebliche »Asylindustrie« oder die Kritik an der Finanzierung der Wohlfahrtsverbände Eingang in die seriösen Medien finden. Sachliche Argumentationen sollten vorbereitet werden, so dass sie als Reaktion schnell eingesetzt werden können.
- Wenn seriöse Medien über »soziale« Aktivitäten der AfD berichten, die die Arbeitsfelder der Diakonie betreffen (Kältehilfe oder Spendensammlung nur für deutsche Obdachlose und Bedürftige), sollten Sie die Lokalredaktionen in Ihrer Region anrufen und auf das bedingungslose Hilfeangebot der Diakonie aufmerksam machen.

Generell gilt für Anfeindungen in sozialen Medien: Lassen Sie sich nicht provozieren.

Empfehlungen für Social Media

- Wer sich auf Diskussionen einlässt, sollte wissen, dass die Verfasser:innen der Beiträge in aller Regel nicht zu überzeugen sein werden, weil sie für andere Meinungen und Sichtweisen nicht zugänglich sind. Allerdings werden die schweigenden Mit-Lesenden erreicht. Gerade für Sie als Seitenbetreibende ist es wichtig, zu reagieren. Andernfalls würden Sie sich leicht dem

Vorwurf aussetzen, rechtsnationale Stammtischparolen zu tolerieren und sie sogar zu unterstützen.

- Achten Sie in den Kommentarspalten Ihrer Social Media-Kanäle darauf, dass sie nicht zu einem Platz werden, an dem Verschwörungserzählungen geteilt werden. Auch wenn Sie dort sonst versuchen, auf alle Kommentare zu antworten, sollten Sie sich im Fall von Verschwörungserzählungen genau überlegen, ob dort eine Diskussion sinnvoll ist. Manchmal ist es besser, entsprechende Kommentare einfach zu verbergen oder auch zu löschen, damit die entsprechende Erzählung nicht über Ihre Seite verbreitet wird. Mehr zum Thema Verschwörungserzählungen finden Sie in Kapitel 5.
- Um sich fit zu machen, gibt es Schulungen, wie mit Hate Speech umgegangen werden kann, es gibt Unterstützergruppen in den Netzwerken, die Tipps und Hilfe geben (siehe Infoteil). Auch in der Diakonie liegen Erfahrungen vor, die im Krisenfall eingebracht werden können. Gerade wer zum ersten Mal mit solchen Reaktionen konfrontiert ist, sollte diese Hilfemöglichkeiten nutzen.

- Onlineauftritte und Präsenzen in den sozialen Netzwerken müssen regelmäßig betreut und gepflegt werden. Als Betreibender haftet jede Einrichtung für alle Inhalte, die über die eigenen Seiten und Präsenzen veröffentlicht werden.

- Für mittlere und größere Auftritte und Präsenzen haben sich Regelungen zur »Netiquette« als probates Mittel erwiesen. Sie machen für alle Besucherinnen und Besucher deutlich, welche »Hausregeln« zu beachten sind. Sie beschreiben, welches Verhalten, welche Diskussionen erwünscht sind und gefördert werden. Auf der anderen Seite zeigen sie, wo die Grenzen liegen, was nicht toleriert wird.
- Ein Beispiel, auch zum Adaptieren für den eigenen Auftritt, finden Sie in der Netiquette für die Facebook-Seite der Diakonie Deutschland (siehe Infoteil).

Bei negativen, kritischen Beiträgen gilt es, gut zu überlegen und abzuwägen:

- Andere Sichtweisen sollten toleriert werden, solange sie sachlich sind. Eine Gegenposition dazusetzen, kann sinnvoll sein.
- Ist es »nur« harte Kritik oder werden Grenzen überschritten? Kritik sollte man aushalten.
- Beleidigungen, die vor allem auch Dritte diffamieren und verunglimpfen, müssen nicht stehen bleiben.
- Grenzüberschreitungen und strafrechtlich Relevantes sollten unverzüglich nach Kenntnis gelöscht werden.

Dabei hat sich ein stufenweises Vorgehen bewährt:

- Kritische Beiträge beobachten, ob aus der Community andere »dagegen« sprechen. Hilfreich ist, wenn man ein eigenes Netzwerk hat, das man in solchen Fällen mobilisieren kann. Mit eigenen Beiträgen sachlich, konstruktiv, ehrlich reagieren.
- Grenzüberschreitende Kommentare lassen sich verbergen. Damit sind sie nur noch für den Ursprungsschreiber sichtbar und ggf. seine Community, aber nicht mehr für die Besuchenden der Seite.
- Von Beleidigungen, Diffamierungen, Verunglimpfung, gruppenbezogenen menschenfeindlichen Äußerungen sollten Screenshots gemacht (Beitragszusammenhang, Datum, User berücksichtigen) und die Posts gespeichert werden. Danach den Post löschen. Im Wiederholungsfalle kann ein User auch gesperrt werden.
- Strafrechtlich relevante Posts können über die Online-Dienststelle der Polizei zur Anzeige gebracht werden. Aber das geht nur persönlich, nicht als Institution (!). Die Dienstadresse kann dabei allerdings als »ladungsfähige Anschrift« verwendet werden, um die Privatadresse zu schützen.

TEIL 4: VORSICHT KAMERA!

Der Umgang mit Spenden und rechten »Kümmerern«

Inszenierungen von Spendenübergaben zielen auf öffentliche Wahrnehmung.

Grundsätzliches

Einrichtungen und Verbände der Diakonie sowie ihre Kommunikationsverantwortlichen sollten sich bewusst sein, dass Rechtsextreme und -populist:innen an medialen Inszenierungen und damit einhergehenden »Vereinnahmungsversuchen« interessiert sind. Das gilt für Spenden, aber auch für Inszenierungen im Rahmen von Kundgebungen, Aktionen und Beiträgen in den sozialen Medien als rechte »Kümmerer«. Es gibt keine Pflicht zur Annahme einer Spende. Spenden sind sowohl aus Sicht des Gebenden wie auch aus Sicht des Empfangenden eine freiwillige Sache. Wenn eine Spende mit einem bestimmten Verwendungszweck verbunden wird, ist es Aufgabe des Empfangenden, sicherzustellen, dass der Verwendungszweck erfüllt werden kann. Ist dies nicht möglich, dürfen Spenden abgelehnt werden.

Es ist wesentlicher Teil der Kommunikationsstrategie der AfD und anderer rechtspopulistischer und -extremer Parteien, Vereine und Organisationen, Personengruppen gegeneinander auszuspielen, die aus unterschiedlichen Gründen hilfebedürftig sind – wobei die Argumentation im Grunde jeweils darauf hinausläuft, dass zu viel für Geflüchtete und zu wenig für Deutsche getan werde. Aus diesem Grund verlautbaren Parteien wie der »Dritte Weg« oder »Die Rechte«, aber auch andere Organisationen, dass für »deutsche Obdachlose« zu wenig getan werde, da sich in Deutschland vorrangig um zugewanderte und geflüchtete Menschen gekümmert werde. Sie geben vor, mit ihren Aktionen eine Leerstelle zu schließen, die es de facto nicht gibt. Damit greifen sie zum einen den Staat an, zum anderen diskreditieren sie die Tätigkeit von Wohlfahrtsverbänden und sozialen Einrichtungen.

Die Ablehnung/Rückgabe einer Spende ist nicht so ungewöhnlich. Natürlich nimmt Brot für die Welt öffentlich keine Spende eines Rüstungsunternehmens an. Selbstverständlich verzichtet Greenpeace gern auf Förderungen aus der Autoindustrie. Ein Hilfswerk darf eine Spende annehmen, muss es aber nicht.

So haben rechtspopulistische und -extreme Gruppen zum Beispiel an Bahnhofsmissionen Spenden übergeben, damit die Forderung nach ausgewählter Hilfe für Deutsche verbunden und die Übergabe simultan und ohne Absprachen auf Social Media-Plattformen veröffentlicht. Sie fahren ungefragt vor Unterkünten für wohnungslose Menschen vor, verteilen an die Menschen, die es aus ihrer Sicht verdient haben, Spenden oder organisieren Weihnachtsessen. Begleitet von medialer Präsentation werden damit Einrichtungen der Diakonie in die Situation gebracht, dass sie die Einladungen zu der Veranstaltung verteilen »müssen«, um nicht als die dazustehen, die sich der »Hilfe« verweigern.

Inzwischen ist es für die mediale Reichweite solcher Inszenierungen egal, ob die Spende oder vermeintliche Hilfe angenommen oder zurückgewiesen wird. »Bühnentauglich« ist der Vorgang an

sich: Die Spendenden verbreiten sowohl die gelungene als auch die misslungene Übergabe per Text, Foto und Video auf Online-Plattformen und liefern ihre ideologischen Kernbotschaften gleich mit. Deutlich sichtbar wird der Versuch gemacht, die Deutungshoheit darüber zu erlangen, welche Ausrichtung der sozialen Arbeit wirklich gut oder letztlich schädlich für unsere Gesellschaft ist.

Wann immer Spendengebende und rechte »Kümmerer« die Medien-Inszenierung ihrer Spende erwünschen, ist also Achtsamkeit geboten und zu prüfen, ob der Spendengebende bzw. dessen Organisation in irgendeiner Weise mit seinen Wertevorstellungen, Haltungen und Handlungen unseren christlichen Grundüberzeugungen widerspricht. Ist dies der Fall, kann von einer Annahme der Spende oder vermeintlichen Hilfe nur abgeraten werden.

Gleichzeitig sollte – gegebenenfalls in Abstimmung mit dem jeweiligen Diakonie-Landesverband – der Spendengeber bzw. dessen Organisation in das jeweilige (Social-)Media-Monitoring aufgenommen werden.

Empfehlungen für den Umgang mit unangekündigten Besuchen von »Spendenden« und rechten »Kümmerern«

- Das Feld der rechtspopulistischen und -extremen Gruppen, die sich als Kümmerer und Spendende inszenieren möchten, ist breit. Oft kommen neue Gruppen und Akteur:innen hinzu oder treten in einem anderen Gewand auf. Wenn Sie unsicher sind, ob eine Gruppe in die Kategorie einzuordnen ist, schrecken Sie nicht davor zurück, sich Hilfe oder Beratung zu suchen. In vielen Regionen gibt es mobile Beratungsteams, die in genau solchen Fällen Vereinen, Verbänden und Einrichtungen helfen. Sie bekommen dort Informationen und Hilfestellung bei der Einordnung, so dass Sie Ihr Handeln besser planen können bzw. Unterstützung für eine mögliche öffentliche Reaktion auf die Inszenierung von Spendenübergaben oder vermeintlichen Hilfen haben.
- Betritt eine besuchende Person eine soziale Einrichtung mit einer Foto- oder Videokamera in der Hand oder möchte sie die Räume und Menschen in einer Einrichtung als Hintergrund für ein »Selfie« mit der Kamera ihres Handys nutzen, können Sie das ohne Umschweife unterbinden – mit Hinweis auf Ihr Hausrecht und den Schutz der Privatsphäre von Hilfebedürftigen und Mitarbeitenden.
- Erklären Sie, dass Foto- und Videoaufnahmen außerhalb Ihrer Einrichtung immer möglich sind, Aufnahmen innerhalb der Einrichtung aber nur nach Vorabsprache und mit Zustimmung. Läuft die Kamera schon, können Sie die Aufnahmen »stören« – aber bedenken Sie, dass auch diese Aufnahmen veröffentlicht werden könnten. Niemand unbeherrscht auftreten, in der Sache immer freundlich bleiben! Sehr leises Sprechen, Gesicht von der Kamera abwenden, Gegenstände vor die Kamera halten können geeignete Störungen sein. Ein probates Mittel ist die ständige Wiederholung von Sätzen wie: »Bitte schalten Sie die Kamera aus. Bitte lassen Sie uns zunächst abstimmen, ob und wenn ja wie ein Gespräch vor der Kamera möglich ist.«
- Wenn ein Besuch für eine Spendenübergabe vorher angekündigt wird, sollten Sie deutlich machen, dass ein Termin in Ihrer Einrichtung an übliche Formalien geknüpft ist. Fragen Sie, wer an dem Treffen teilnehmen wird und welche Institution jeweils durch die Akteur:innen vertreten wird. Gibt es einen bestimmten Anlass? Soll die Spende für einen bestimmten Zweck übergeben werden? Wurde Geld im Rahmen einer bestimmten Veranstaltung oder zu einem bestimmten Zweck gesammelt? Soll die Spendenübergabe veröffentlicht werden und durch wen und für wen?

- Im besten Fall können Sie darauf verweisen, dass durch frühere Spendenaufrufe oder Veröffentlichungen Ihrer Einrichtung deutlich ist, dass die Verwendung von Spenden an Grundsätze gebunden ist, die durch einzelne Spenden nicht umgedeutet werden können.
- Manche Berichterstattenden werden Ihnen einen Presseausweis vorlegen und einfordern, an der Berichterstattung nicht gehindert zu werden. Der Presseausweis bringt aber keine besonderen Befugnisse mit sich. Er dient lediglich dazu, gegenüber öffentlichen Institutionen hauptberufliche Journalist:innen von aufdringlichen Neugierigen zu unterscheiden. Ein Presseausweis kann dann den Zugang zu einem durch Polizei oder Behörden abgesperrten Bereich erleichtern, muss es aber nicht. Die Presseausweise beruhen auf einer Vereinbarung zwischen den Innenministern und den Journalistenverbänden. Nichtstaatliche Einrichtungen sind daran nicht gebunden, insbesondere nicht für private Räume und Veranstaltungen. Zudem sind neben dem bundeseinheitlichen Presseausweis mittlerweile eine ganze Reihe Karten im Umlauf, die sich gegen Kostenbeitrag im Internet bestellen lassen. Einige berichterstattenden Aktivist:innen »basteln« sich eigene Ausweise. Deshalb ist auch ein sehr genauer Blick auf das vorgezeigte Dokument ratsam.
- Haben Gruppen oder Parteien Ihre Einrichtung bereits als Bühne für eine Spendenübergabe genutzt und Bilder und Texte davon in den sozialen Medien veröffentlicht, ohne dass Sie davon im Vorfeld wussten oder Ihre Zustimmung erteilt haben, kann ein offener Brief an die Gruppe oder Partei eine angemessene Reaktion sein. Dieser Text sollte ebenfalls über die sozialen Medien verbreitet werden. Legen Sie darin ruhig und sachlich dar, warum die Gruppe hier eine Grenze überschritten hat und warum Sie diesen Übergriff nicht tolerieren – zu denken ist hier an das Persönlichkeitsrecht der Mitarbeitenden, der Klientinnen und Klienten, die Nichteinhaltung einer Hausordnung, von Hygienebestimmungen, etc. Gruppen und Parteien, die an anderer Stelle immer wieder auf die Einhaltung von Regeln und die Ordnung in unserem Land pochen, werden so klar eingeordnet und Sie beziehen öffentlich Stellung. Es ist aber auch hier eine Abwägungssache in der konkreten Situation, ob dies der richtige Weg ist. Zu prüfen ist auch, ob in solchen Fällen ein Verstoß gegen die Datenschutzgrundverordnung vorliegt. Dies eröffnet noch einmal andere Handlungsräume.

TEIL 5:

ACHTUNG ALUHUT!

Zum Umgang mit Verschwörungserzählungen

Grundsätzliches

Chemtrails, der 11. September als Inszenierung, Überwachung, Manipulation und Vergiftung durch Impfen oder den Mobilfunkstandard 5G – nur eine Auswahl an Verschwörungserzählungen, die kursieren. Zuletzt rankten sich rund um die COVID-19-Pandemie unzählige Verschwörungserzählungen, die zum Teil zur vehementen Ablehnung der staatlichen Maßnahmen führten, die zum Schutz der Bevölkerung getroffen wurden.

Das Phänomen insgesamt ist nicht neu: Verschwörungserzählungen gab es schon immer. So werden antisemitische Verschwörungsmymen seit Jahrhunderten verbreitet und im öffentlichen Bewusstsein gehalten. Etwa acht Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, Jüdinnen und Juden hätten zu viel Einfluss in Deutschland.

Verschwörungserzählungen sind kein Phänomen, das ausschließlich in rechts-populistischen und -extremen Gruppen und Parteien existiert, diese wissen es aber für ihre Zwecke zu nutzen, z. B. um Misstrauen in der Gesellschaft zu säen und ihre politische Agenda durchzusetzen. Studien zeigen, dass vor allem Menschen an Verschwörungserzählungen

glauben, die das Gefühl haben, keinen Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, oder die starke Kontrollverluste empfinden. Sie suchen dann nach Erklärungen und vermeintlichen Mustern, die dem Erlebten zugrunde liegen.

Menschen, die Verschwörungsideologien anhängen, hegen meist ein starkes Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen oder auch gegen die Presse. Die Art und Weise, wie Internet und Social Media funktionieren (eigene Echokammern und das Begünstigen von Filterblasen) führt dazu, dass diese Ansichten als Mehrheitsmeinung verstanden werden und für deren Verbreitung gesorgt wird. Dies kann demokratiegefährdend wirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen.

Oft verstehen sich Anhänger:innen von Verschwörungserzählungen als »Freidenker:innen« und »Anti-Mainstream« und lehnen andere Argumente oder auch wissenschaftlich fundierte Kenntnisse ab. Den von ihnen postulierten »Mainstream« sollte es jedoch in einer Demokratie nicht geben, da diese von der Vielfalt der Meinungen lebt und sich stets hinterfragt.

EINIGE GÄNGIGE VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN

Chemtrails: Kondensstreifen von Flugzeugen enthalten Chemikalien, mit denen die Bevölkerung manipuliert werde.

Neue Weltordnung (NWO): Geheime Gesellschaften versuchen, die Welt-herrschaft an sich zu reißen (siehe auch Protokolle der Weisen von Zion).

9/11: Die Terroranschläge am 11. September 2001 seien von US-amerikanischen und/oder israelischen Geheimdiensten entweder wissentlich zugelassen oder selbst ausgeführt worden.

Protokolle der Weisen von Zion: Angeblicher Beweis für eine jüdische Verschwörung (s. auch Neue Weltordnung).

Mondlandung: Die Mondlandungen zwischen 1969 und 1972 durch die NASA hätten niemals stattgefunden und seien vorgetäuscht.

Corona: Zur COVID-19-Pandemie existiert eine Vielzahl von widersprüchlichen Verschwörungserzählungen: Das Corona-Virus sei harmlos oder existiere nicht, es sei erfunden worden, um die Bevölkerung mit Nano-Chips zu impfen, zu überwachen und zu kontrollieren; Das Virus sei eine geheime Biowaffe aus einem Labor; Die Pandemie diene als Vorwand, um eine neue Weltordnung zu errichten; Das Virus werde durch 5G-Masten verbreitet. Fast alle dieser Verschwörungserzählungen sind in ihrem Wesen antisemitisch, da als Urheberin, Nutznießende und als Spitze der angeblichen Verschwörung eine vermeintliche jüdische Elite erfunden wird. Antisemitisch ist auch das Tragen eines gelben Sterns mit der Aufschrift »ungeimpft«. Dahinter stehen eine Täter-Opfer-Umkehr und eine Relativierung des Holocaust – und die antisemitische Verschwörungserzählung, der Holocaust sei eine Erfindung einer jüdischen Elite.

Empfehlungen für Träger:innen und Vorgesetzte

Allgemeine Empfehlungen

- Das Aufklären über Verschwörungserzählungen ist nicht einfach und erfordert einiges an (Fach-)Wissen. (siehe Hinweise zum Weiterlesen am Ende der Broschüre)
- Das Wichtigste ist zunächst, im Gespräch zu bleiben und Menschen, die empfänglich für Verschwörungserzählungen sind, ernst zu nehmen in ihren Ansichten. Auch wenn Sie diese Ansichten nicht teilen und dies auch in den Gesprächen deutlich machen. Es kann helfen, nachzufragen, warum diese oder jene Theorie so attraktiv oder glaubwürdig erscheint. Mitunter gibt es andere, versteckte Beweggründe (Angst, Wut, Frustration, Alleingelassen sein etc.), die hier fördernd gewirkt haben.
- Hilfreich ist es, die innere Logik von Verschwörungserzählungen zu hinterfragen: Wer sagt was? Was sagt die Person genau? In welchem Zusammenhang ist eine Aussage entstanden? Werden Quellen angeführt? Wieso gibt es verschiedene Darstellungen in den Medien? Wo widerspricht sich die Verschwörungserzählung selbst?
- Zudem ist es wichtig, kritische Medienkompetenz zu vermitteln. Insbesondere beim alltäglichen Umgang mit dem Internet und den sozialen Medien können Fachleute mit Medienkompetenz helfen, Verschwörungserzählungen, wie auch Fake News, Gerüchte oder Hetze, zu erkennen und einzuordnen.
- Verschwörungserzählungen folgen stets einem ähnlichen Muster: Sie bieten eine allumfassende Erklärung, bei der keine Fragen offen bleiben und offensichtliche Widersprüche ignoriert oder in die Erzählung integriert werden; eine einfache Gut-Böse-Einteilung und die Annahme, dass es keine Zufälle gibt; Ablehnung gegenüber offiziellen Informationen, freier Presse und Wissenschaft. Wenn einige dieser Merkmale in einer Erzählung oder einer Information vorkommen, sind zumindest Skepsis und besondere Vorsicht geboten. Deshalb braucht es zum einen eine gewisse Grundkenntnis über Verschwörungserzählungen und zum anderen sollten Informationen immer anhand unterschiedlicher Quellen kritisch überprüft werden.

Was kann ich tun, wenn in meinem privaten oder beruflichen Umfeld Menschen Verschwörungserzählungen anhängen?

1. Nicht unkommentiert lassen. Vielleicht wurde einfach nur etwas aufgeschnappt, was leicht klargestellt werden kann.

2. Über Gefühle reden. Wer das Gefühl hat, die Kontrolle zu verlieren, ist anfällig für Verschwörungserzählungen. Hier kann es helfen, nachzufragen, wo Ängste, Wut, Unsicherheit oder Verzweiflung herkommen. Vielleicht kann man diesen Gefühlen dann auf andere Weise begegnen.

3. Wo rassistische, antisemitische oder antidemokratische Inhalte verbreitet werden, muss dies klar benannt und eine klare Grenze gezogen werden.

4. Machen Sie sich nicht lustig! Dann verliert Ihr Gegenüber die Gesprächsbereitschaft.

5. Stellen Sie Nachfragen: Woher stammt die Information? Wer verbreitet sie? Welche verschiedenen Darstellungen eines Sachverhalts gibt es?

6. Gehen Sie offen mit eigenem Nicht-Wissen um. Sie können auch gemeinsam Quellen überprüfen und Informationen recherchieren.

7. Wenn Sie sich überfordert oder belastet fühlen, können Sie im privaten Kontext das Gespräch abbrechen. Im beruflichen Kontext sollten Sie gegebenenfalls Vorgesetzte informieren.

TEIL 6: ANTIFEMINISMUS VERBINDET – LEIDER!

Zum Umgang mit rechtspopulistischer Agitation gegen sexuelle Vielfalt und die Gleichwertigkeit aller Geschlechter

Grundsätzliches

Ein weiterer Fokus rechtspopulistischer Agitation sind Geschlechterrollen, Familienbilder und sexuelle Vielfalt. Mit dem Sehnsuchtsbild der »intakten Familie« und der klassischen Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann suchen Menschen mit rechtsextremer Haltung Anschluss an das konservative Spektrum der Gesellschaft. Sie versuchen, eine Brücke zu schlagen in ein Milieu, das bis in die bürgerliche Mitte reicht.

Dabei wird häufig ein bedrohliches Zerrbild gezeichnet: dass Gleichstellung, Gerechtigkeit und Vielfalt den Weg ebnen zur Auflösung der Geschlechter, dem Ende einer zivilisierten bürgerlichen Gesellschaft und dem Untergang der christlich-abendländischen Werteordnung. Empfänglich für diese antifeministischen Szenarien sind auch konservative Teile der Kirche, insbesondere im rechten Spektrum des sehr vielschichtigen evangelikalten Lagers.

Gerade die Diskussion um gleichgeschlechtliche Partnerschaften hat gezeigt, wie langwierig und mühsam der Weg bis zur »Ehe für alle« war – und für manche:n auch innerhalb der evangelischen Kirche noch ist.

Die Verfechter der alleinigen Ehe zwischen Mann und Frau als »gottgewollter Ordnung« erhalten teils ungewollt, teils aber auch durchaus kalkuliert Unterstützung von rechts. Der radikale Einsatz für das konservative Familienbild führt dann zu Bündniskonstellationen etwa im Kampf gegen Lehrpläne für einen Sexualunterricht, bei dem über unterschiedliche Orientierungen und Lebensweisen aufgeklärt werden soll. Diese angebliche »Frühsexualisierung«, so die Behauptung, führe Kinder zu frühem Sex oder mache sie homosexuell.

Diese Haltungen und Ängste haben zunächst unmittelbar nichts mit Rechtsradikalismus zu tun, befeuern aber eine Stimmungslage, in der Grenzen fließend

sind und die ein Einfallstor auch für andere ideologische Elemente bietet. Insbesondere Frauen, die sich für Gleichberechtigung stark machen und feministische Positionen vertreten, werden zum Angriffsziel rechtspopulistischer oder rechtsextremer Hasstiraden. Erst recht, wenn sie eine Zuwanderungsgeschichte haben. Und damit wird die Grenze zur rassistischen Agenda überschritten.

Unsere Haltung

Bereits 1989 hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland bekräftigt, dass das Engagement für Geschlechtergerechtigkeit Teil des ureigenen Auftrags der Kirche ist. Die Synode hat damit den Grundstein für eine aktive kirchliche Gleichstellungsarbeit gelegt. Dies findet sich auch im Leitbild der Diakonie. Dort heißt es: »Wir praktizieren und fördern die Gleichstellung von Frauen und Männern.«

Der Rat der EKD hat 2020 diesen Auftrag fortgeschrieben und als Ziel formuliert,

»dass sich Menschen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung entwickeln, ihre Gaben, Interessen und Neigungen entfalten und ihren Lebensweg und ihre sozialen Rollen entsprechend wählen können«.

Als Diakonie und Kirche schätzen wir die Vielfalt von Gottes Schöpfung wert und wollen Mitarbeitenden sowie Klientinnen und Klienten ein diskriminierungsfreies Miteinander und eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Anerkennung ihrer Lebensweise ermöglichen. Hierbei geht es auch um die Umsetzung von Menschenrechten.

Empfehlungen für die Praxis

Die allgemeine gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen wird noch häufig unterschätzt. Und oft wissen Menschen nicht viel über den Alltag, die Interessen oder die Ausgrenzungserfahrungen von Menschen vielfältiger Lebensformen oder Geschlechtsidentitäten. Aufklärungsar-

beit spielt daher eine zentrale Rolle. Es ist wichtig, Vielfalt der Belegschaft sowie der Klientinnen und Klienten als selbstverständlichen Teil unserer vielfältigen Gesellschaft sichtbar zu machen. Dies kann z. B. durch die Darstellung vielfältiger Familienformen in Publikationen, das Einrichten von (Beratungs-) Angeboten für Regenbogenfamilien und queere Menschen oder mit Quotenregelungen für die Besetzung von Gremien geschehen. Der Begriff queer umfasst z. B. Lesben, Schwule, Bi-, Trans*- und Intersexuelle. Auch eine geschlechtergerechte Sprache ist ein wichtiger Baustein zur Sichtbarmachung und Anerkennung. Studien zeigen: Wer nicht angesprochen wird, fühlt sich auch nicht angesprochen und repräsentiert.

Es hilft, Mitarbeitende und Führungskräfte zu schulen, um sie einerseits für eigene Vorurteile und Zuschreibungen zu sensibilisieren und sie andererseits zur Intervention bei diskriminierenden Äußerungen zu befähigen und Möglichkeiten aufzuzeigen, strukturellen Benachteiligungen zu begegnen.

Die Wertschätzung und Akzeptanz von Vielfalt sowie die Förderung von Gleichberechtigung der Geschlechter, vielfältiger sexueller Orientierungen und verschiedener Lebensformen sollten ins Leitbild von Verbänden, Trägern und Einrichtungen aufgenommen und mit den Mitarbeitenden thematisiert werden. Nicht zuletzt ist auch eine diversitätsorientierte Personalpolitik, die explizit sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den eigenen Reihen fördert oder gezielt den Frauenanteil in Führungspositionen erhöht, ein wichtiger Baustein. Das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung fügt beispielsweise in seine Stellenausschreibungen den Absatz ein: »Vielfalt ist uns wichtig. Wir freuen uns über Bewerbungen von Menschen ungeachtet ihrer ethnischen, nationalen oder sozialen Herkunft, des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters oder ihrer sexuellen Identität.« Dies alles kann ein Klima schaffen, das Geschlechtergerechtigkeit fördert und dazu führt, dass sich Menschen verschiedenster Geschlechtsidentitäten und Lebensformen in der Diakonie wohl und sicher fühlen.

BERATUNGSSTELLEN UND NETZWERKE IN DIAKONIE UND KIRCHE

Diakonie Deutschland

Zentrum Engagement, Demokratie und Zivilgesellschaft,
Kompetenzstelle zum Umgang mit Rechtspopulismus

www.diakonie.de/vielfalt-gestalten

<https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/projekte/145248/diakonie-deutschland>

Landes- und Fachverbände

Kooperationsverbund evangelischer Demokratieprojekte

www.diakonie.de/journal/gemeinsam-fuer-demokratie

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

»Demokratie gewinnt! In Brandenburg!«

www.demokratie-gewinnt-brandenburg.de

Diakonisches Werk Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland

»Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen«

www.diakonie-mitteldeutschland.de/projekte_demokratie_gewinnt_in_sachsen-anhalt_und_thueringen_de.html

Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

»Demokratie gewinnt! Haltung zeigen, Verantwortung leben«

www.diakonie-sachsen.de/projekte_demokratie_gewinnt_de.html

Diakonie Hessen

»FIT in der Diakonie Hessen. Für Integration & Teilhabe«

www.diakonie-hessen.de/info/themen/fuer-integration-und-teilhabe

Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration

»Teges 2.0 – Durch Teilhabe gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken«

www.efas-web.de/index.php/teges

Evangelische Kirche

Ev. Akademie zu Berlin

»DiskursLab – Labor für antisemitismus- und rassismuskritische Bildung & Praxis«

www.diskurslab.eaberlin.de

Ev. Akademie zu Berlin

»NetzTeufel«

www.netzteufel.eaberlin.de

Zentrum Kirchlicher Dienste im Sprengel Mecklenburg-Pommern

»Kirche stärkt Demokratie«

www.kirche-demokratie.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus BAGKR

www.bagkr.de

Netzwerke und Anlaufstellen von Kirche und Zivilgesellschaft

Bündnis Kirche für Demokratie und Menschenrechte in Württemberg

www.bkdmwue.de

Offene Kirche in Württemberg

www.offene-kirche.de

Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen

www.ebz-alexandersbad.de/projekte/bayerisches-buendnis-fuer-toleranz

Initiative »Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus« in der Ev.-lutherischen Landeskirche Hannovers

www.kirchliche-dienste.de/arbeitsfelder/ikdr/Ueber-uns

AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte Sachsen

www.kirche-fuer-demokratie.de

AG Rechtsextremismus der Ev. Kirche in Mitteldeutschland

www.ekmd.de/kirche/themenfelder/extremismus.html

Weitere Netzwerke und Anlaufstellen

Amadeu Antonio Stiftung

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Belltower News – Netz für digitale Zivilgesellschaft

www.belltower.news

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/startseite

Eine Übersicht über mobile Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus deutschlandweit findet sich auf der Internetseite des »Bundesverbands mobile Beratung«

www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort

Eine Übersicht über Beratungsstellen für Betroffene findet sich auf der Internetseite des »Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt«

www.verband-brg.de

HINWEISE ZUM WEITERLESEN

Allgemeine Informationen

Bundeszentrale für politische Bildung

Dossier Rechtsextremismus

www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/

Amadeu Antonio Stiftung: Fashwave. Rechtsextremer Hass in Retro-Optik

www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/06/de.hate_Report02_Fashwave-1.pdf

Die BAGKR stellt eine ganze Reihe an Publikationen zur Verfügung, die heruntergeladen werden oder bestellt werden können.

www.bagkr.de/publikationen

Es gibt u. a. Broschüren, die sich mit unterschiedlichen Diskriminierungsformen und dem Umgang damit beschäftigen, aber auch eine Handreichung mit »Impulsen für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum«.

Handreichung der AG »Kirche für Demokratie und Menschenrechte« mit dem Titel »Nächstenliebe leben, Klarheit zeigen. Handreichung zu Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit«

www.kirche-fuer-demokratie.de/wp-content/uploads/2019_Naechstenlieben_leben_Klarheit_zeigen_A5_WEB-3.pdf

Weitere Informationen zum Thema soziale Medien und Hate Speech

Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Hate Speech
www.bpb.de/252408/strategien-gegen-hate-speech/

Informationen der Amadeu Antonio Stiftung zum Thema Hate Speech
www.amadeu-antonio-stiftung.de/digitale-zivilgesellschaft/was-ist-hate-speech

NetzTeufel

From #Hatespeech to #Hopespeech

www.netzteufel.eaberlin.de/wp-content/uploads/2019/12/Broschuere_NetzTeufel-final.pdf

No-hate-Speech-Kampagne

www.no-hate-speech.de/

Hassmelden – die zentrale Meldestelle für Hate Speech

www.hassmelden.de/

Weitere Informationen zum Thema Verschwörungserzählungen

Bundeszentrale für politische Bildung

Wandzeitung »Was tun gegen Verschwörungsideologien?«

www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/321610/plakat-was-tun-gegen-verschwoerungsideologien

Bundeszentrale für politische Bildung

Verschwörungserzählungen

www.bpb.de/izpb/318157/verschwoerungserzaehlungen

Amadeu Antonio Stiftung

Down the rabbit hole. Verschwörungsideologien Basiswissen und Handlungsstrategien

www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/06/DownTheRabbitHole_web.pdf

Amadeu Antonio Stiftung

Entschwörung konkret

www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/entschwoerung-konkret

Der Weltanschauungsbeauftragte der EVLKS, Dr. Harald Lamprecht, bietet auf »Confessio – Orientierung auf dem Markt der Religionen« umfangreiches Material zu Verschwörungserzählungen, »Alternative Medien« und zu Handlungsoptionen.

www.confessio.de

Das »ZGV – Zentrum gesellschaftliche Verantwortung« hat eine Broschüre zum Thema »Verschwörungsideologien« herausgegeben und gibt darin Definitionen, Hintergründe und Praxistipps.

www.zgv.info/fileadmin/Daten/News_Downloads_2015/2021_02_19_Verschwoerungsideologien-final.pdf

Weitere Informationen zum Thema Antifeminismus

Bundeszentrale für politische Bildung: (Anti-)Feminismus

www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/267949/anti-feminismus

Amadeu Antonio Stiftung

Frauenhassende Online-Subkulturen

www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/frauenhassende-online-subkulturen-ideologien-strategien-handlungsempfehlungen/

Weitere Informationen zum Thema rechte Kümmerer

www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2019-10-kuemmerer-vor-ort-rechtsextremistische-kleinparteien-und-ihr-vermeintliches-soziales-engagement.html

Weitere Informationen zum Thema Antisemitismus

Ev. Akademien in Deutschland: Antisemitismus und Protestantismus
www.evangelische-akademien.de/publikation/antisemitismus-und-protestantismus-impulse-zur-selbstreflexion

Bundeszentrale für politische Bildung
 Dossier Antisemitismus
www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/

Bundeszentrale für politische Bildung
 Wandzeitung »Antisemitismus begegnen«
www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/206937/wandzeitung-antisemitismus-begegnen

Argumentationshilfen zu Angriffen auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

Beck, Dorothee/Stiegler, Barbara (2017): Das Märchen von der Gender-Verschwörung. Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter: library.fes.de/pdf-files/dialog/13544.pdf

Büttner, Frauke/Eltze, Wiebke /Gutsche, Lisa /Lang, Juliane (Hrsg.) (2017): Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen Rechts. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Online unter: www.rosalux.de/publikation/id/37599/haltung-zeigen

Dissens e.V. Projekt Social Media Interventions (2018): Website Genderdings mit Argumenten gegen antifeministische Behauptungen. Online unter: www.genderdings.de

Schutzbach, Franziska/Pühl, Katharina/Von Barga, Henning (2017): Gender raus! Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik. Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online unter: www.gwi-boell.de/de/2017/07/04/gender-raus-12-richtigstellungen-zu-antifeminismus-und-gender-kritik

www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschuere_PDF/Nachdruck_Juni_Sie-ist-unser-bester-Mann-200626-Online.pdf

www.gender.ekir.de/

NETIQUETTE FÜR DIE FACEBOOK-SEITE DER DIAKONIE DEUTSCHLAND

Herzlich willkommen auf der Facebook-Seite der Diakonie Deutschland.

Auf dieser Seite informieren wir über die Arbeit der Diakonie in Deutschland. Dabei geht es uns darum, zu zeigen, wie sich die Diakonie einsetzt für Menschen am Rande der Gesellschaft. Dazu gehören Aktivitäten im politischen Raum, aber auch in der allgemeinen Öffentlichkeit. Neben Kritikwürdigem geht es uns aber auch darum, positive Beispiele zu zeigen, die Mut machen. Genauso wichtig wie die Informationen, ist uns der Dialog mit Ihnen/Euch. Dazu gehört für uns:

Rücksicht und Respekt

Es kommt immer wieder vor, dass Sie Themen, Beiträge, Kommentare aufregen. Bitte bleiben Sie fair und sachlich. Hier reden und schreiben Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Meinungen. Schreiben Sie so, wie Sie es von Ihrem Gegenüber auch erwarten.

Sachliche und konstruktive Diskussionen

Wir wünschen uns konstruktive und sachliche Diskussionen auf dieser Seite. Kritik und unterschiedliche Meinungen gehören zu einer Diskussion und sind ausdrücklich erwünscht. Dabei kann es auch mal hoch hergehen.

Aber verzichten Sie auf Beleidigungen, Beschimpfungen, Hetze, persönliche Angriffe und Verurteilungen bzw. Herabwürdigung von Personengruppen. Das »wünscht« sich keiner hier.

Reine Linkpostings ohne eigenen Text, Links ohne Kommentar, Frage oder Anmerkung helfen keiner Diskussion. Bitte bleiben Sie auch beim Thema. Kommentare oder Links, die nichts mit dem Thema zu tun haben und davon wegführen, helfen niemandem. Sie sind an diesen Stellen nicht erwünscht und haben bestimmt andernorts ihren richtigen Platz.

Was wir nicht tolerieren

Gewaltverherrlichende, diskriminierende, rassistische, fremdenfeindliche, sexistische, menschenverachtende, vulgäre oder verfassungsfeindliche Beiträge haben hier keinen Platz.

Wir behalten uns vor, Äußerungen und Beiträge zu löschen, die gegen geltendes Recht verstoßen. Darunter fallen auch Beleidigungen oder solche Inhalte, die Persönlichkeitsrechte, Rechte Dritter oder Urheberrechte verletzen sowie

Spam und Werbung. Sie werden ohne Ankündigung umgehend entfernt. Bei schweren Verstößen behalten wir uns auch weitergehende rechtliche Schritte vor.

Wir als Redaktion sind für Transparenz und freuen uns über viele Nutzerkommentare. Dennoch behalten wir uns vor, Beiträge und Kommentare, die sich nicht an diese Netiquette halten, auch ohne Vorwarnung zu löschen und User zeitweise oder dauerhaft zu sperren.

Wir freuen uns auf einen regen Austausch und bitten alle Mitglieder unserer Community, diese Regeln zu beachten und ihre Einhaltung auch gegenseitig voneinander einzufordern.

Vielen Dank – und jetzt viel Spaß und einen fairen Austausch auf dieser Fanseite.

Kontakt

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Projektredaktion

Dr. Katharina Bock
Katja von Damaros
Sabine Damaschke
Johannes Fuhr
Friedrich Keller
Stephan Röger
Dr. Thomas Schiller
Dr. Annalena Schmidt
Sigrid Winkler-Schwarz
Frieder Weigmann
Christina Wüstefeld

Verantwortlich

Dr. Thomas Schiller
Zentrum Kommunikation
Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Artikel-Nr.: 613307108**Bestellungen**

shop.diakonie.de

Druck

Druckerei Lippert



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11180-2202-1004

© Februar 2022, 2. erweiterte Auflage

Die Publikation wurde initiiert vom
Lenkungsausschuss für das Zentrum
Kommunikation der Diakonie Deutschland.

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
T +49 30 652 11-0
F +49 30 652 11-3333
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de